Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 5.00 durch die Austräger ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 18.00, monatlich Mark 6.00.
Anzeigenpreis: im Amtsblattbezirk der Raum der 11gespaltenen Zeile 1.00 Mk., auswärts 1.40 Mk., vierteljährl. Rabattvertrag, im amtlichen Teil die halbe Zeile 5.00 Mk., im Reklameteil die Zeile 4.50 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12236.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprech-Anschlüsse: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Aueerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart. Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 118. Dienstag, den 24. Mai 1921. 74. Jahrg.

Schwarzenberg. Oeffentliche Impfung.

Die öffentlichen unentgeltlichen Impfungen der Erstimpflinge finden statt

Donnerstag, den 26. Mai 1921, vormittags 10 Uhr
in der Schule zu Sachsenfeld
für Kinder aus dem Stadtteil Sachsenfeld,

Donnerstag, den 26. Mai 1921, vormittags ½12 Uhr
in der Schule zu Wildenau
für die Kinder aus dem Stadtteil Wildenau,

Freitag, den 27. Mai 1921, vormittags ½11 Uhr
in der Schule zu Neuwelt
für die Kinder aus dem Stadtteil Neuwelt (einschl. Vorderhennneberg),

Sonnabend, den 28. Mai 1921, vormittags 10 Uhr
in der Bürgerschule zu Schwarzenberg (Schulsaal)
für die Kinder aus Alt-Schwarzenberg.

Alle geimpften Kinder sind eine Woche später, und zwar in demselben Raum, wo sie geimpft worden sind und zu derselben Zeit dem Impfarzt zur Nachschau vorzustellen.

Impfpflichtig sind:

1.) Die im Jahre 1920 geborenen Kinder.

2.) Die in den Vorjahren wegen Krankheit oder aus sonstigen Gründen nicht zur Impfung gelangten oder ohne Erfolg geimpften Kinder, soweit sie nicht nach ärztlichem Zeugnisse die natürlichen Blattern überstanden haben.

Befreit von der diesjährigen Impfung sind die Kinder, welche nach ärztlichem Zeugnisse ohne Gefahr für ihr Leben oder ihre Gesundheit nicht geimpft werden können.

Aus Häusern, in denen **ansteckende Krankheiten** wie Scharlach, Masern, Diphteritis, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder natürliche Pocken in letzter Zeit vorgekommen sind, dürfen Kinder zum öffentlichen Impftermine nicht gebracht werden.

Die Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder, die ihre impfpflichtigen Kinder zu den öffentlichen Impfungen nicht bringen, haben für den Grund des Ausbleibens ihrer Kinder ein ärztliches Zeugnis oder bei erfolgter Privatimpfung den Impfschein sofort nach der öffentlichen Impfung im Einwohneramt vorzulegen.

Kinder mit unreinem Körper oder schmutzigen Kleidern können vom Impftermine zurückgewiesen werden.

Schwarzenberg, am 19. Mai 1921. **Der Rat der Stadt.**

Schwarzenberg. Verkauf von Schokolade.

In der Schokoladefabrik von Otto Lein, Bahnhofstraße 18, erfolgt an die **minderbemittelte** Bevölkerung der Stadt, einschl. Neuwelt, Wildenau und Sachsenfeld, am

Dienstag, den 24. Mai 1921, vorm. 8—12 Uhr und nachm. 1—4 Uhr,

Verkauf der von dem jetzigen Inhaber — Herrn Alex Tauchnitz — selbst angefertigten Schokolade.

Der Verkauf erfolgt **nur gegen Vorlegung der Brotmarkentaschen.** Wer dieselben nicht vorlegt, muß ohne weiteres von der Belieferung ausgeschlossen werden. Von der Belieferung sind ferner ausgeschlossen die Selbstversorger.

Es entfallen

auf 1 einzelne Person	125	Gramm Schokolade,
„ Familien von 2 und 3 Personen	250	„ „
„ „ „ 4 „ mehr Personen	500	„ „

Zum Verkaufe gelangt nur Bruchschokolade, enthaltend 40 Proz. Kakao und 60 Proz. Zucker.
Der Preis beträgt für 1 Pfund 13,40 Mk.

Schwarzenberg, den 21. Mai 1921. **Der Rat der Stadt.** — Ernährungsamt.

Zur Wahl des Reichspräsidenten.

Von Geh. Reg.-Rat Dr. Quaatz, M. d. R.

Was dem inneren Aufbau des neuen Deutschlands vor allen Dingen fehlt, ist nach meiner Ansicht die Stelle, die früher in organisatorischer Beziehung das Kaisertum gehabt hat. Auch derjenige, der ein politischer Gegner der Monarchie ist, muß anerkennen, daß eine dem politischen Streit und dem politischen Ehrgeiz entzogene Stelle ein Erfordernis für eine gleichmäßige innere Entwicklung ist. Ich sehe ganz davon ab, daß unsere parteipolitische Zersplitterung diesen Mangel besonders fühlbar macht. Dem staatsrechtlichen Aufbau Deutschlands fehlt nämlich noch ein weiteres hohes Moment, das, soviel ich sehe, sämtliche Kulturnationen besitzen. **Ich meine damit die Einrichtung einer Ersten Kammer oder Oberhaus oder wie man diese unter sehr verschiedenen Bezeichnungen und in sehr verschiedener Ausgestaltung auftretenden staatsrechtlichen Faktoren bezeichnen will.** Es muß in jedem Lande eine Stelle geben, die — den Parteiprogrammen, den Parteibestrebungen und damit dem Parteihader entzogen — **einen Sammelpunkt des völkischen Empfindens bilden und die Einheit des Volkes nach außen und innen repräsentieren kann.** Die Gegner der Monarchie mögen sich nicht darüber täuschen, daß bis tief in die radikalen Massen hinein eine mehr oder weniger bewußte Ueberzeugung besteht, daß Kaiser und Reich eigentlich eine Einheit seien. Gerade der also, der ein politischer Gegner der Monarchie ist, wird meines Erachtens aus dieser seiner Ueberzeugung heraus dafür einzutreten haben, daß die Stelle welche die Aufgaben der Monarchie als Sammelpunkt des Volkes übernehmen soll, so stark als möglich ausgestaltet wird.

Wendet man diesen Gedankengang auf den Reichspräsidenten und seine Stellung an, so wird man weiter auch darin einig sein können, daß die Art seiner **Wahl** für die Stellung des Reichspräsidenten von ausschlaggebender Bedeutung sein muß. Für die Bedeutung eines Mandats ist stets mehr oder weniger entscheidend, wer das Mandat erteilt hat. Aus alledem ergibt sich die Richtigkeit der Bestimmung unserer Reichsverfassung, die Wahl des Reichspräsidenten dem Volke selbst zu übertragen. Wenn er dem Streite der Parteien entrückt und über den Parteien stehen soll, so darf der Reichspräsident nicht der Mandatar der Parteien sein. Parlamentarismus ist aber die Herrschaft der Parteien, das Parlament der Schauplatz der Auseinandersetzungen der Parteien und ihres Kampfes um die politische Führung. Der Erwählte der Parteien kann also nicht über den Parteien stehen und den Gedanken der Einheit des Volkes gegenüber dem Parteihader vertreten.

Endlich kommt hierzu aber ein Weiteres. Der Anteil, den der Einzelne im deutschen Volke an dem parlamentarischen Regime nimmt, ist leider ein außerordentlich geringer. Der Deutsche ist im Grunde genommen kaum ein Parteimann. Er hat den gesunden Instinkt, daß er sein Vertrauen lieber einer Persönlichkeit als einem papierenen Parteiprogramm schenkt. Man sollte aus dem politischen Leben das Persönliche nicht zu sehr ausschalten. Ich weiß nicht, aber unser fehlerhaftes Wahlsystem in diesem Punkte nicht bereits viel zu weit gegangen ist. Erst die Erfahrung späterer Jahre wird meines Erachtens zeigen, daß es die völlige Herrschaft der Berliner Parteileitungen über die Parteien bedeutet und den örtlichen Zusammenhang zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählern lockert. Demgegenüber ist es psychologisch richtig, jedem aus dem Volke eine unmittelbare Einwirkung auf die Wahl des Reichsoberhauptes zu sichern. Man komme nicht mit dem Einwand, daß das Volk hierfür politisch nicht reif genug sei. Man ist in den Berliner Wandelgängen leicht geneigt, den gesunden Menschenverstand des Volkes zu unterschätzen und der eigenen Einsicht eine übertriebene Bedeutung beizulegen. Das einfache und natürliche Empfinden eines Volkes soll und muß bei den wichtigsten Vorgängen des staatlichen Lebens die Entscheidung treffen, und hierzu gehört meines Erachtens die Wahl des Reichspräsidenten.

Der Kampf um Oberschlesien.

Oppeln, 22. Mai. Infolge der Zerstörung der Telegraphen- und Fernsprechleitungen durch die Insurgenten ist die Nachrichtenübermittlung aus den größeren Industriestädten des Zentralreviers, soweit sie noch nicht von Aufrührern besetzt sind, unmöglich gemacht worden. Heute gelang es dem deutschen Plebiszitkommissar Dr. Urbanek, Oppeln zu erreichen. Er erstattete der interalliierten Kommission eingehenden Bericht. Die belagerten Städte sind aufs schlimmste bedroht. Es bestätigt sich, daß der Stadt **Kattowitz** seit dem 20. Mai durch die polnischen Aufrührer die Versorgung mit Wasser und Licht unmöglich gemacht worden ist. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß bei dem Vorstoß der Polen bei Kostau der größte Teil der Angreifer über die polnische Grenze gekommen und wieder über die Grenze zurückgewichen ist. Die polnischen Militärposten an der Grenze haben die Angreifer ungehindert durchgelassen. Die festgenommenen Insurgenten haben übereinstimmend ausgesagt, daß sie im Lager Krotoschin bei Posen unter Leitung eines französischen Majors ausgebildet worden seien. Bei Krappitz mußten die Aufrührer einige Geschütze, mehrere Maschinengewehre und andere Waffen zurücklassen.

Oppeln, 22. Mai. Zu schweren Kämpfen ist es in der Gegend von **Rosenberg** gekommen. Nach den bisherigen Meldungen mußten die Aufständischen vorerst Albrechtsdorf, Altrosenberg und Lowoschau räumen, doch liegen über den endgültigen Ausgang dieser zweifellos schweren Zusammenstöße abschließende Meldungen noch nicht vor. Bei Gogolin im Kreis Groß-Strehlitz blieb ein Angriff der Insurgenten erfolglos. In der Nähe der Gogolin wurden grausam zugerichtete **Leichen deutscher Apothekenbeamten** aufgefunden.

•

Paris, 22. Mai. Die deutsche Kriegslastenkommission in Paris hat der Reparationskommission folgende Note übergeben:

Seit dem Ausbruch des Aufruhrs in Oberschlesien im Anfang Mai hat Deutschland von dort **aus keine Kohle mehr erhalten.** Die Kohlenlage in den östlichen Landesteilen Deutschlands wird dadurch von Tag zu Tag **unhaltbarer.** Der **Eisenbahnverkehr,** namentlich der Kleinbahnverkehr, hat **eingeschränkt** werden müssen. Zahlreiche **Gasanstalten** stehen vor der Betriebseinstellung. Die aus dem Westen vorgenommenen Aushilfslieferungen können das Erliegen selbst von den wichtigsten Betrieben nur noch wenige Tage aufhalten. Auf einigen oberschlesischen Gruben wird zeitweilig etwas gefördert. Diese geringe Menge wird aber auf Anordnung der Leiter des Aufstandes teils nach Polen, teils nach Ungarn, der Tschecho-Slowakei und den von den Aufrührern besetzten Teilen Oberschlesiens abbefördert. **Deutschland erhält bisher keinen Zentner oberschlesischer Kohle** und muß sogar dem von den Aufrührern freien Teile Oberschlesiens mit niederschlesischer Kohle aushelfen.

Dieser Zustand stellt nicht nur eine schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft dar, sondern widerspricht auch den Zusicherungen, welche die alliierten und assoziierten Regierungen im Friedensvertrag von Versailles Deutschland gegeben haben. Die deutsche Regierung muß daher dringend ersuchen, daß die interalliierte Plebiszitkommission die erforderlichen Weisungen zustelle, um die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, welche die Wiederaufnahme der Kohlentransporte nach Deutschland ermöglichen.

Berlin, 22. Mai. Das Auswärtige Amt hat auf die Note der Interalliierten Militärkontrollkommission vom 14. Mai über die Rekrutierungen für Schlesien folgende **Antwort** erteilt:

Die deutsche Regierung teilt vollkommen die in Ihrer Note vom 14. Mai ausgesprochene Auffassung, daß die **Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien** und die **Bildung von Freikorps** oder ähnlichen Formationen aus solchen unzulässig ist. Sie hat deshalb bereits am 19. Mai den in Abschrift beigefügten Aufruf erlassen, in dem sie derartigen Bestrebungen ganz entschieden entgegengetreten ist. Schon früher hatte der Reichswehrminister die zuständigen militärischen Stellen nachdrücklichst angewiesen, daß die Bildung etwaiger Freiwilligenformationen mit allen Mitteln zu hindern sei, um das Wiederaufleben des Freikorpsunwesens im Keime zu unterdrücken. Den in diesen Kundgebungen ausgesprochenen Grundsätzen entsprechend werden die deutschen Behörden mit größter Strenge gegen solche Truppenzusammenschließungen vorgehen.

•

England für Unteilbarkeit Oberschlesiens.

Rotterdam, 22. Mai. Die „Morning Post" erfährt, daß das englische Kabinett sich mit Einstimmigkeit dahin erklärt habe, daß nach dem Versailler Vertrag Oberschlesien auf Grund der Volksabstimmung **als unteilbar** anzusehen sei.

London, 20. Mai. Wie „Daily News" erfährt, hat **Amerika** durch zwei Beamte seiner Berliner Vertretung die **oberschlesische Lage** untersuchen lassen. Diese empfehlen eine Entscheidung, die in allen wesentlichen Punkten mit der von England gewünschten übereinstimme.

Paris, 22. Mai. Nach Meldung aus London hat der französische Botschafter gestern nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein engeres **Zusammenarbeiten** der Mitglieder der interalliierten Kommission in Oppeln herbeizuführen zur Wiederherstellung der Ordnung, die durch einen gemeinsamen Schritt bei den Aufrührern wesentlich erleichtert werden könnte. Bekanntlich hat, heißt es in der Meldung weiter, der **britische Vertreter** bei der Kommission Oberst Percival bisher **keinerlei Verhandlungen** mit den Aufrührern beginnen wollen, weil er der Auffassung ist, daß ein solcher Schritt schließlich zur Anerkennung ihrer Autorität führen würde.

Paris, 22. Mai. Pertinax sagt im „Echo de Paris", England müsse nachgeben. Frankreichs Haltung müsse sein: Wer mich liebt, muß mir folgen. Nur einige Tage, Wochen oder Monate oberflächlichen Einverständnisses zu erzielen, um die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten zu verheimlichen, würde nicht zu dauernder Beruhigung der beiden Völker führen. **Den Standpunkt Lloyd Georges,** entweder Deutschland Oberschlesien zuzuweisen **oder keine Reparation zu erhalten, könne Frankreich nie anerkennen.**

•

Eine eindringliche Mahnung an die Entente.

Kapstadt, 22. Mai. Reuter meldet: Vor seiner Abreise zu der Londoner Konferenz der Ministerpräsidenten der britischen Dominions erklärte **General Smuts,** die Besetzung eines Teiles von Deutschland auf lange Zeit hinaus und die Möglichkeit, daß weiteres deutsches Gebiet in Zukunft besetzt werden könnte, scheine Aussicht auf **endlose Unruhen** zu eröffnen. Die Regelung im Osten, besonders hinsichtlich Polens, scheine noch mehr Kritik zu verdienen. Sowohl die Regelung der westlichen wie der östlichen Fragen durch den Friedensvertrag sei eine reiche Quelle von Unruhen. Wenn nicht ein sehr ernsthafter Versuch in elfter Stunde gemacht werde, die Lage richtig zu erfassen und einen wahren Frieden in Europa aufzurichten, so würde in der Tat die Zukunft der Zivilisation in Europa sehr schwach sein.

•

Große Kundgebung in Berlin gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens.

Berlin, 22. Mai. Am Sonntag fand in der „Philharmonie" eine **machtvolle Kundgebung gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens** statt. Sämtliche deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen, sowie die amtlichen Vertretungen der deutschen Industrie, des Handels und der deutschen Presse hatten sich ohne Unterschied der Partei unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten zusammengefunden, um festzustellen, daß durch den Gewaltstreich der Polen der Friedensvertrag von Versailles unter den Augen der Entente auf das Gröblichste verletzt worden sei. **Reichstagspräsident Löbe** richtete einen Appell an das Rechtsgefühl der Welt. Der Präsident der preußischen Landesversammlung, **Leinert,** sprach für die Unteilbarkeit Oberschlesiens und sein Verbleiben beim Reiche. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, **Graßmann,** erklärte, daß die oberschlesische Frage keine Parteifrage sei, sondern daß zur Abwehr des geschehenen Unrechts alle anständigen Menschen zusammenhalten müßten. Weitere Ausführungen wurden gemacht von dem Präsidenten der Handelskammer zu Berlin, **v. Mendelssohn,** dem Abgeordneten **Baltrusch** für den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften; namens des Generalverbandes des deutschen Großhandels sprach Abgeordneter **Reinat.** Zum Schluß sprach noch für den Gewerkschaftsring der Abgeordnete Hartmann und Dr. Walter Rathenau. Nachdem noch der Führer der Metallarbeiter von Kattowitz, der aus der eingeschlossenen Stadt entflohen ist, in eindringlichen Worten um Hilfe gebeten hatte, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der eine Teilung Oberschlesiens und der Freistaatgedanke **entschieden abgelehnt** wurden. Die Kundgebung verlief ruhig.

Wie Frankreich „abrüstet".

Straßburg, 22. Mai. Einer Meldung der Rheinagentur zufolge sind alle französischen Waffen- und Munitionswerkstätten mit Aufträgen der Regierung überhäuft. Die bekannten Schneider-Creusotwerke sind mit der Herstellung von neuartigen Geschützen beschäftigt. Auch die Flugzeugfabriken haben alle Hände voll zu tun, um den Armeeaufträgen nachzukommen. (Sollte man sich in Frankreich auf einen kommenden Krieg mit dem Ententebruder England vorbereiten?)

Die deutsche Gegenliste.

Die bevorstehenden Verhandlungen gegen **deutsche Kriegsverbrechen** in Leipzig scheinen endlich auch die Lippen der Reichsregierung lösen zu wollen. Das **Material** über völkerrechtswidrige Handlungen unserer Gegner im Kriege ist **nochmals durchgearbeitet** worden und alle zweifellos festgestellten Fälle von Rechtsverletzungen sind in einer Liste festgelegt worden. Die Liste besteht aus drei Teilen, von denen ein Teil die unseren Gefangenen zugefügten Grausamkeiten enthält. In der Liste sind Tatbestand und Beweismaterial aufgeführt. Die Liste soll in den nächsten Tagen den Ententemächten zugestellt werden und wird in Deutschland und im neutralen Auslande veröffentlicht werden. Alle Verletzungen gegen die Genfer Konvention sind besonders gesammelt worden und werden der demnächst zusammentretenden neutralen Roten-Kreuz-Untersuchungskommission unterbreitet werden.

Der „Ernst der Zeit" und die Maifeier.

Als die letzte Nummer der Meßter-Woche (jene aktuelle Wochenschau, die in den meisten Kinotheatern gezeigt wird) in Berlin zur Zensur gelangte, wurde ein Bild beanstandet, das [illegible]